

PRESSEMITTEILUNG

16. Mai 2024

Finanzstabilitätsbericht der EZB: Risiken für die Finanzstabilität gesunken, Aussichten jedoch weiterhin fragil

- Die Finanzstabilitätsbedingungen im Euroraum haben sich mit dem Rückgang der Rezessionsrisiken verbessert, doch sind die Märkte nach wie vor anfällig für negative makrofinanzielle und geopolitische Unwägbarkeiten.
- Die restriktiven Finanzierungsbedingungen stellen die Widerstandsfähigkeit von verwundbaren Privathaushalten, Unternehmen und Regierungen im Euroraum auf die Probe, während der Abschwung am Immobilienmarkt die Immobilienunternehmen belastet.
- Die Banken im Euroraum haben sich als resilient erwiesen, allerdings lassen die niedrigen Marktbewertungen darauf schließen, dass insbesondere im Zusammenhang mit der Aktivaqualität, der Refinanzierung und der Ertragslage weiterhin Herausforderungen bestehen.

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat heute ihren Finanzstabilitätsbericht vom Mai 2024 veröffentlicht. Dem Bericht zufolge profitiert die Finanzstabilität im Euroraum von den verbesserten Konjunkturaussichten. So sinkt die Inflation kontinuierlich, und das Vertrauen der Anleger erholt sich. Die Aussichten sind jedoch weiterhin fragil, da die Wahrscheinlichkeit für wirtschaftliche und finanzielle Schocks in einem Umfeld verstärkter geopolitischer und globaler politischer Unsicherheit hoch ist.

EZB-Vizepräsident Luis de Guindos erklärte, dass die Aussichten für die Finanzstabilität weiterhin durch geopolitische Risiken getrübt würden. Zwar hätten sich die Finanzstabilitätsbedingungen im Einklang mit dem gesunkenen Rezessionsrisiko und der rückläufigen Inflation verbessert. Doch komme es in Anbetracht der globalen wirtschaftlichen und geopolitischen Unsicherheit nach wie vor entscheidend darauf an, die Resilienz des Finanzsystems weiter zu stärken.

Die Finanzmärkte sind noch immer anfällig für weitere negative Schocks. Zwar wurden die Anleger in ihrer Risikoeinschätzung durch die Erwartung einer geldpolitischen Lockerung deutlich optimistischer,

doch könnte die Stimmung rasch wieder umschlagen. Beispielsweise könnte akuter geopolitischer Stress die Volatilität deutlich erhöhen und so übermäßig starke Marktreaktionen nach sich ziehen, die wiederum durch Nichtbanken mit strukturellen Liquiditätsschwächen verstärkt werden könnten.

Die restriktiven Finanzierungsbedingungen stellen die Widerstandsfähigkeit der Gruppe von verwundbaren Privathaushalten, Unternehmen und Regierungen im Euroraum weiterhin auf die Probe. Insgesamt sind die Schuldenquoten der privaten Haushalte und Unternehmen im Euroraum unter das vor der Pandemie verzeichnete Niveau gesunken. Dies trägt dazu bei, Bedenken hinsichtlich der Schuldentragfähigkeit abzumildern. Gleichzeitig dürfte sich die Staatsverschuldung auf einem im Vorpandemievergleich höheren Niveau einpendeln, was die Anfälligkeit der Staatsfinanzen für negative Schocks erhöht. Generell könnten die Schuldendienstkosten auch in Zukunft in allen Wirtschaftssektoren weiter steigen, da fällige Verbindlichkeiten weiterhin zu den jeweiligen (inzwischen deutlich höheren) Zinssätzen neu bewertet werden. An den Immobilienmärkten zeichnet sich unterdessen ein Abschwung ab. Insbesondere bei Gewerbeimmobilien sind noch immer erhebliche Preiskorrekturen zu beobachten, und ein weiterer Preisrückgang ist nicht auszuschließen. Dagegen lassen die Wohnimmobilienmärkte gewisse Anzeichen einer Stabilisierung erkennen, nachdem es dort zu einer bisher geordneten Preiskorrektur gekommen war.

Die Banken im Euroraum zeigen sich nach wie vor widerstandsfähig, doch lassen die niedrigen Bankbewertungen darauf schließen, dass die Anleger Zweifel hinsichtlich der Dauerhaftigkeit der Ertragskraft der Banken hegen. Herausforderungen für die Banken im Euroraum könnten sich vor allem in drei Bereichen ergeben: Erstens nehmen die Sorgen um die Aktivaqualität zu. Grund hierfür sind Anzeichen für zunehmende Verluste in bestimmten Kreditportfolios, die anfälliger für konjunkturelle Abschwünge sind (insbesondere Gewerbeimmobilien). Zweitens scheinen die Refinanzierungskosten der Banken trotz der rückläufigen Leitzinsen beharrlich hoch zu bleiben. Drittens könnten die Einnahmen der Banken dadurch gedämpft werden, dass die Krediterträge aufgrund des weiterhin verhaltenen Kreditwachstums und der geringeren Einnahmen aus variabel verzinslichen Krediten sinken.

Insgesamt ist das Bankensystem des Euroraums dank seiner starken Eigenkapital- und Liquiditätsposition gut gerüstet, diese Risiken zu bewältigen. Um die Widerstandsfähigkeit der Banken in einem unsicheren makrofinanziellen Umfeld zu erhalten und zu stärken, sollten die makroprudenziellen Behörden die bestehenden Kapitalpuffer aufrechterhalten. So ist sichergestellt, dass die Puffer den Banken in schwierigen Phasen zur Verfügung stehen. Zur Gewährleistung solider Kreditvergabestandards sollten zudem die bestehenden kreditnehmerbezogenen Maßnahmen beibehalten werden. Die Einführung eines umfassenden makroprudenziellen Rahmenwerks für Nichtbanken und eine stärker integrierte EU-weite Aufsicht über diese Unternehmen würde für die Verringerung von Finanzstabilitätsrisiken eine bedeutende Rolle spielen. Ein widerstandsfähiger Nichtbankensektor würde den Fortschritt in Richtung einer Kapitalmarktunion in Europa unterstützen und dazu beitragen, dass Nichtbanken über den gesamten Konjunkturzyklus hinweg eine stabile Finanzierungsquelle für die Realwirtschaft darstellen.

Kontakt für Medienanfragen: [Verena Reith](#) (Tel.: +49 69 1344 5737)

Europäische Zentralbank

Generaldirektion Kommunikation

Sonnemannstraße 20, 60314 Frankfurt am Main, Deutschland

Tel.: +49 69 1344 7455, E-Mail: media@ecb.europa.eu

Internet: www.ecb.europa.eu

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.